



Resolution

Potsdam, den 09.04.2018

der 15. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Polizei

Die JUNGE GRUPPE (GdP) – als deutschlandweit mitgliederstärkste und weltweit größte Jugendorganisation von Polizeibeschäftigten – fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, die Zukunftsfähigkeit der Polizeien des Bundes und der Länder zu sichern und die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten.

1 Keine Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Die Polizei ist der Garant für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Kolleginnen und Kollegen sorgen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland in Sicherheit leben können – dafür halten sie tagtäglich ihren Kopf hin. Die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten, die Opfer von Gewaltdelikten werden, steigt seit Jahren kontinuierlich an. Nicht nur bei Demonstrationenlagen oder Fußballspielen, sondern auch im normalen Polizeialltag erfahren unsere Kolleginnen und Kollegen regelmäßig massive Gewaltübergriffe. Wir sagen NEIN! Gewalt und Hass gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen darf nicht toleriert, als normal betrachtet oder gar unterstützt werden.

Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, sich klar gegen Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie gegenüber Einsatzkräften der Feuerwehr und der Rettungsdienste zu positionieren. Neben einer permanenten Modernisierung und Verbesserung der Ausstattung und Ausrüstung sowie der bereits umgesetzten Strafrechtsverschärfung, sind weitere Maßnahmen einzuleiten, die die Beschäftigten von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sicher gegen Gewaltübergriffe schützen.

2 Mehr Personal für die Polizei

Der demographische Wandel als Phänomen der Überalterung der Gesellschaft lässt sich in seinen wesentlichen Erscheinungsformen auch auf die Polizei übertragen. Allein bis zum Jahr 2021 werden rund 44.000 Polizistinnen und Polizisten pensioniert. Gleichzeitig sind durch die Polizei immer neue Aufgaben zu bewältigen. Die Folge ist

ein eklatanter Personalmangel innerhalb der Polizei, der aktuell nur noch über die hohe berufliche Identifikation und Motivation unserer Kolleginnen und Kollegen kompensiert werden kann. Um auch weiterhin die sicherheitspolitischen Herausforderungen souverän zu bewältigen, d.h. auf unerwartete Lagen und neue Kriminalitätsphänomene unmittelbar und professionell reagieren zu können, ist eine bundesweite Personalaufstockung innerhalb der Polizei unerlässlich.

Wir fordern daher die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, die Zahl der Neueinstellungen im öffentlichen Dienst – und insbesondere innerhalb der Polizei – weiter zu erhöhen, die hierzu notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen und die Arbeitsfähigkeit der Polizei nachhaltig zu sichern. An der Inneren Sicherheit darf nicht gespart werden!

3 Qualitätsansprüche erhalten

Polizeiarbeit bedeutet Qualitätsarbeit. Das fängt bei der Einstellung an und setzt sich in der Ausbildung und im Studium fort. Um den hohen Qualitätsansprüchen an die Einstellung und Ausbildung von Polizeibeschäftigten gerecht zu werden, dürfen weder die Zugangsvoraussetzungen zum Polizeiberuf gesenkt, noch die Qualität der Auswahlverfahren sowie die der Ausbildung bzw. des Studiums gemindert werden.

Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, die hohen Qualitätsansprüche an die Einstellungsbedingungen für den Polizeiberuf aufrecht zu erhalten und die Zulassungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien für Bewerberinnen und Bewerber nicht herabzusetzen. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, bundesweit einheitliche Auswahlkriterien (Mindeststandards) für Bewerberinnen und Bewerber im Polizeiberuf einzuführen und die Auswahlverfahren bundesweit zu vereinheitlichen.

4 Re-Föderalisierung – JETZT!

In Zeiten, in denen der Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte immer größer wird, ist es die notwendige Aufgabe der Bundesregierung und der Landesregierungen den öffentlichen Dienst zu stärken und attraktiv zu gestalten. Aufgrund der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 stehen die Polizeien des Bundes und der Länder heute nicht nur mit der freien Wirtschaft in Konkurrenz, sondern befinden sich auch untereinander im Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Vor allem in der Besoldung und Versorgung gibt es große Unterschiede. Hinzu kommt, dass eine heimatnahe Verwendung für viele Bewerberinnen und Bewerber inzwischen nicht mehr ausschlaggebend ist. Die damaligen Gründe und Argumente für Veränderungen erweisen sich heute als Fehlschlüsse. Es hat sich gezeigt, dass die Föderalismusreform lediglich zu einem hohen Mehraufwand führt und die Haushalte der Länder übermäßig belastet. Das Prinzip einer föderalen Polizei ist richtig und unstrittig, es darf aber nicht zu Ungerechtigkeiten führen.

Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, die Fehler der Föderalismusreform 2006 endlich zu korrigieren und die Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsgesetze der Länder und des Bundes wieder zu vereinheitlichen, ohne dass dabei Verschlechterungen entstehen. Wir fordern bundesweit gleiche Arbeit – gleiche Löhne – gleiche Absicherung.

5 Ausgleichszahlungen in Hochpreisregionen

In Deutschland vollzieht sich seit vielen Jahren eine stetige Urbanisierung. Steigende Bevölkerungszahlen in den Städten führen nicht nur zu Wohnungsknappheit und steigenden Lebenshaltungskosten, sondern erhöhen auch den Umfang polizeilicher Aufgaben und Bedarf an Polizistinnen und Polizisten.

Insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen, die ihren Dienst in diesen sogenannten Hochpreisregionen versehen, sind die hohen und weiter ansteigenden Miet- und Lebenshaltungskosten eine große finanzielle Belastung. Die Anmietung einer dienststellennahen Wohnung wird dadurch beinahe unmöglich.

Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, eine Ausgleichszahlung einzuführen, die an alle Polizeibeschäftigte zu zahlen ist, die ihre Dienststelle in Regionen mit einem überdurchschnittlich hohen Lebenshaltungskosten- und Mietpreisniveau haben.

6 Moderne Ausrüstung und Ausstattung

Professionelle Polizeiarbeit erfordert eine qualitativ hochwertige und technologisch zeitgemäße Ausrüstung und Ausstattung. Polizeibeschäftigte sind in ihrem Beruf den unterschiedlichsten Arbeitsbedingungen und Gefahrensituationen ausgesetzt. Demzufolge gibt es verschiedenste funktionelle und arbeitsmedizinische Anforderungen an das dienstliche Equipment.

Der technologische Fortschritt bietet viele Möglichkeiten, die Polizeiarbeit insgesamt sicherer und effizienter zu gestalten. Neueste Produktionstechniken und die Verwendung modernster Materialien ermöglichen es, die erforderliche Ausrüstung und Ausstattung nicht nur an die aktuellen sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Erkenntnisse anzupassen, sondern auch an die Erfordernisse des Berufsalltages – z.B. die Herstellung leichter und strapazierfähiger Arbeits- und Schutzkleidung oder die interaktive Ausstattung und Vernetzung von Streifenwagen.

Aber nicht nur im polizeilichen Alltag und bei allgemeinen Großlagen müssen Polizistinnen und Polizisten inzwischen vor gewalttätigen Übergriffen und Tötungsversuchen besser geschützt werden. Auch für den Fall weiterer terroristischer Anschläge und Amoklagen müssen Schutzausrüstung und Einsatzmittel der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen den allerhöchsten Sicherheitsanforderungen genügen.

Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die polizeiliche Ausrüstung und Ausstattung zu modernisieren, in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen und an die aktuellen beruflichen Erfordernisse und Bedrohungsszenarien anzupassen.

7 Digitalisierung und Vernetzung der Polizei

Um Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen, müssen Polizei und andere Sicherheitsbehörden über moderne Hard- und Softwarelösungen verfügen. Der Nachholbedarf bei der Digitalisierung von Sicherheitsbehörden ist enorm. Nicht nur der länderübergreifende Daten- und Informationsaustausch, auch die Kommunikation in den eigenen Zuständigkeitsbereichen hinkt den Ansprüchen an eine moderne Verbrechensbekämpfung und zeitgemäße Vernetzung weit hinterher.

Täter machen nicht an Landes- und Bundesgrenzen halt – nicht in der realen und erst recht nicht in der digitalen Welt. Will man das polizeiliche Arbeiten erleichtern und der Verbrechensbekämpfung einen Schritt voraus sein, sind einheitliche Systeme und Schnittstellen für den bundesweiten Informations- und Datenaustausch genauso unerlässlich wie hochqualifiziertes Personal für den IT-Bereich.

Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder mit modernen Hard- und Softwarelösungen auszustatten und die Systeme für den bundesweiten Informations- und Datenaustausch zwischen den Behörden zu vereinheitlichen und zu vernetzen.

8 Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Damit die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gelingen kann, sind neben einem sicheren Einkommen und einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung, familienfreundliche Arbeitsbedingungen unerlässlich. In vielen Behörden sind die Möglichkeiten, um Familie, Pflege und Beruf miteinander in Einklang zu bringen, begrenzt. Sowohl familienfreundliche und flexible Arbeitszeitmodelle sowie eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit als auch das Angebot an Betriebskindergärten oder der Ausbau von Home-Office-Arbeitsplätzen und Mobile Working sind bisher nur unzureichend vorangetrieben und weiterentwickelt worden.

Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im öffentlichen Dienst konsequent und schnellstmöglich umzusetzen, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle zu etablieren. Ziel muss es sein, dass beide Elternteile ihrem Beruf weiter nachgehen und gleichzeitig den Bedürfnissen der Familienmitglieder gerecht werden können, ohne beruflichen Nachteile zu erfahren und Mehrbelastungen für anderen Kolleginnen und Kollegen entstehen zu lassen.

9 Die Rolle der Polizei im NS-Staat

Die Beschäftigung mit der Polizeigeschichte ist nicht Standard in der Aus- und Fortbildung von Polizeiabesetzten in Deutschland. Sich mit der Geschichte des eigenen Berufsstandes auseinanderzusetzen ist unverzichtbar. So waren es im Nationalsozialismus in aller Regel Polizisten, die im Rahmen eines polizeilichen Einsatzes ihre jüdischen Mitbürger zu den Sammelorten für den Abtransport einbestellten, bis in die Gettos oder Konzentrationslager begleiteten und bewachten. Es waren Polizisten der Geheimen Staatspolizei, die politische Gegner des Nationalsozialismus in die Lager einwies. Und es waren ganz normale Kriminalbeamte und Frauen der weiblichen Kriminalpolizei, die Menschen als Berufs- und Gewohnheitsverbrecher stigmatisierten und auf Dauer in die gleichen Lager sperren ließen.

Auschwitz und andere Vernichtungs- und Konzentrationslager sind Teil unserer deutschen Geschichte, an der sich auch Polizeigeschichte widerspiegelt. In Zeiten, in denen rechtes Gedankengut in Deutschland und Europa wieder an gesellschaftlicher Akzeptanz gewinnt, ist es wichtiger denn je, sich mit den Folgen einer solchen Politik auseinanderzusetzen. Auch die Polizei darf sich, trotz der gebotenen politischen Neutralität, dieser wichtigen Auseinandersetzung nicht entziehen.

Wir fordern die Bundes- und die Landesregierungen dazu auf, das Thema "Rolle und Funktion der Polizei im NS-Staat" zu einem verpflichtenden Teil der polizeilichen Ausbildung zu machen und fest in die Lehrpläne zu integrieren. Des Weiteren soll geregelt sein, dass alle Polizeiabesetzten, die sich aus eigenem Antrieb oder im Klassenverband mit der Geschichte des eigenen Berufsstandes auseinandersetzen wollen, vom Dienstherrn unterstützt und gefördert werden.

10 Gemeinsam stark gegen Radikalisierung und Extremismus

Die Mordserie des NSU, die steigende Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten und die zahlreichen Anschläge auf Flüchtlingsheime, aber auch die zunehmend von Reichsbürgern ausgehende Gefahr für Staatsbedienstete, belegen das enorme Gewaltpotential des Rechtsextremismus. Rechtsradikale Einstellungen sind eine ernste Gefahr für das demokratische Miteinander und längst kein Phänomen mehr, das nur am rechten Rand zu finden ist. Auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft stoßen rechtsradikale Ressentiments gegenüber Minderheiten und nationalistische Einstellungen zunehmend auf Akzeptanz und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Neben dem Rechtsextremismus sieht sich die Polizei auch häufig mit antidemokratischen Einstellungen und strafrechtlichen Handlungen aus dem islamistischen und linksautonomen Spektrum konfrontiert – nicht selten kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Zum Beispiel lieferten sich gewaltbereite Linksautonome aus ganz Europa anlässlich des G20-Gipfels 2017 in Hamburg und der

Eröffnung der Europäischen Zentralbank 2015 in Frankfurt am Main massive Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Folge es zu vielen verletzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gekommen ist.

Die Bekämpfung von Extremismus ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe zugleich. Extremismus zeigt sich in den unterschiedlichsten Facetten und an den verschiedensten Stellen – sowohl im polizeilichen Alltag als auch bei Demonstrationen. Es ist die Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates und der Polizei, die Verfassung zu schützen und dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Versammlungen durchführen und frei ihre Meinung äußern können. Polizistinnen und Polizisten sind in ihrer Berufsausübung zur Neutralität verpflichtet, auch wenn sie die Ziele der zu Schützenden nicht teilen und zutiefst ablehnen. Der Maßstab ihres Handelns ist und bleibt Recht und Gesetz.

Straftaten zu verhindern, zu verfolgen und dafür zu sorgen, dass rechtswidrige Handlungen erfolgreich ermittelt und sanktioniert werden können, ist die Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Auch wenn ihnen eine zentrale Rolle bei der Extremismusbekämpfung zukommt, ist es das strategische Zusammenspiel staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen, das anti-demokratischen Haltungen vorbeugt und menschenverachtenden Einstellungen konsequent und couragiert entgegentritt.

Wir fordern die Bundesregierung und Landesregierungen dazu auf, die politische und zeitgeschichtliche Bildungsarbeit innerhalb der schulischen und beruflichen Bildung zu stärken, neue Bildungsformate anzubieten und die Erinnerungskultur an das Unrecht des Nationalsozialismus weiterzuentwickeln sowie die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Institutionen zu intensivieren und die bisherigen Erfahrungen in der Präventions- und De-Radikalisierungsarbeit systematisch fortzuentwickeln.